

„Die Bargeldbegrenzung auf 10.000 Euro dürfte nur ein Einstieg sein“

| Lesedauer: 8 Minuten

Von [Michael Höfling](#)

Redakteur im Ressort Wirtschaft und Finanzen



Mit den Bezahldaten eines digitalen Euro wäre die Idee des „gläsernen Menschen“ leicht umsetzbar

Quelle: Getty Images

Digitaler Euro, Barzahlungsobergrenze, Rückbau der Cash-Infrastruktur: Jetzt warnt die Gesellschaft für Informatik (GI), das Zurückdrängen des Bargelds gehe zulasten von Privatsphäre, Sicherheit und Freiheit. GI-Experte Pohl erklärt am Beispiel Gold, welche Entwicklung zu erwarten ist.

Finanzminister Christian Lindner wirbt für „digitales Bargeld“, Innenministerin Nancy Faeser will eine Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro einführen, und immer mehr Banken bauen Geldautomaten und damit die unerlässliche Infrastruktur für den Bargeldverkehr ab. Nun warnt die Gesellschaft für Informatik (GI), die größte, 1969 gegründete Informatikfachvertretung im deutschsprachigen Raum: Das Zurückdrängen des Bargelds gehe zulasten von Privatsphäre, Sicherheit und Freiheit. WELT sprach mit Hartmut Pohl, Sprecher des Präsidiumsarbeitskreises „Datenschutz und IT-Sicherheit“ der GI und Geschäftsführer des IT-Sicherheitsunternehmens softScheck GmbH.

WELT: Herr Pohl, in vier Jahren könnte ein digitaler Euro zur Verfügung stehen. Sie sehen in der geplanten Begrenzung des Bargeldverkehrs und der Einführung einer digitalen Währung Verstöße gegen Gesetze. Was sind Ihre größten Bedenken?

Hartmut Pohl: Bargeldobergrenzen, Pläne zur Einführung einer rein digitalen Währung und die etwaige Abschaffung von Bargeld haben weitreichende Folgen für die informationelle Selbstbestimmung und die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. So könnte jeder zum sprichwörtlichen „gläsernen Menschen“ werden. Außerdem weisen rein digitale Währungen enorme Sicherheitsrisiken auf.



Hartmut Pohl, Sprecher der Gesellschaft für Informatik und Geschäftsführer des IT-Sicherheitsunternehmens softScheck

Quelle: softscheck GmbH

WELT: Welche Rechte werden denn genau beschnitten?

Pohl: Es geht zum einen um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zwar nicht ausdrücklich erwähnt wird, aber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein Datenschutz-Grundrecht ist. Zum anderen geht es um das in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der EU-Grundrechtecharta garantierte Recht auf Privatsphäre. Je mehr Zahlungen bargeldlos durchgeführt werden oder in einer digitalen Währung erfolgen, desto mehr Möglichkeiten zur Überwachung der Bürgerinnen und Bürger ergeben sich. Und auch die Organisierte Kriminalität hat großes Interesse an diesen Daten.

WELT: Können Sie das auf den Alltag der Menschen herunterbrechen?

Pohl: Nun, ich kann kein Geld mehr ausgeben, ohne kontrolliert zu werden und büße so Handlungsfreiheit ein. Mit Bargeld kann ich zum Beispiel im Geschäft etwas kaufen, ohne dass jemand erfährt, was es ist, außer dem Verkäufer. Das ändert sich, wenn ich [digital bezahle](#). Die Daten, die dabei anfallen, sind interessant für den Staat – manchmal auch nützlich. Mal überspitzt gesagt: Technisch

wäre es auf Basis digitalen Geldes ohne Weiteres möglich, dass der Staat meine Ernährungsgewohnheiten kontrolliert. Und es geht dabei nicht nur um Überwachung, sondern auch um Steuerung. Der Staat könnte verfügen, dass ich an bestimmten Tagen mit digitalem Geld kein Fleisch mehr bezahlen kann.

Digitaler Euro

[Die EZB plant die Geld-Revolution – und bedroht die Banken](#)

Kryptowährungen

[„Der digitale Euro ist leider ein weiterer Schritt hin zur Überwachung“](#)

WELT: Sind solche Bedenken nicht weit hergeholt?

Pohl: Unter Informatikaspekten die Software entsprechend zu ergänzen, ist kein Problem, deshalb sprechen wir uns auch gegen eine Beschränkung der Nutzung von Bargeld aus. Die Bargeldbegrenzung auf 10.000 Euro, die das Innenministerium verfügen will, dürfte nur ein Einstieg sein. Die Erfahrung zeigt, dass solche Gesetze dann angepasst werden und die Möglichkeit, Bargeld zu nutzen, Schritt für Schritt eingeschränkt wird.

WELT: Haben Sie dafür Beispiele? **Pohl:** Nehmen Sie den Goldverkauf an Privatkunden. Bis 2017 konnten Sie [Gold](#) für 15.000 Euro bar und anonym kaufen. Dann wurde der Schwellenwert auf 10.000 Euro gesenkt. Seit 2020 sind es noch [genau 2000 Euro](#) – was übrigens sogar eine Übererfüllung der EU-Richtlinie darstellte. Begründet wurde die Entscheidung mit dem nötigen Kampf gegen Terrorismus und Geldwäsche, dabei ergaben die entsprechenden Meldefälle mit Bezug auf Edelmetalle einen Anteil von unter einem Prozent.

WELT: Der digitale Zahlungsverkehr beschert den Verbrauchern einen enormen Zugewinn an Effizienz und Bequemlichkeit, zugleich breiten sie ihr Privatleben bereitwillig in den sozialen Netzwerken aus. Vernebeln diese Entwicklungen uns die Sinne für die Gefahren, die sich aus der Entstehung und Nutzung persönlicher Daten ergeben könnten?

Pohl: Wir sind alle verwöhnt, wir sind weniger sicherheitsbewusst als es früher war, und sicher sind wir auch ein Stück weit naiver als früher. Das lässt sich nur beheben, indem der Staat die Menschen stärker für die Gefahren und Unsicherheiten sensibilisiert, die sich aus der Digitalisierung ergeben, für sicherheitstechnische Lücken in den IT-Systemen und für den großen Nutzen, den ihnen der Datenschutz bietet. Wer weiß denn zum Beispiel, dass [Google](#) gerade zu einer Strafe von fast 400 Millionen Dollar verurteilt wurde, weil es weiter Ortungsdaten von Nutzern sammelte, nachdem diese sich dagegen entschieden hatten. Es gab in grauer Vorzeit mal eine TV-Sendung, die für Gefahren im Straßenverkehr sensibilisierte, „Der siebte Sinn“ – so etwas bräuchte es heute für den Internetverkehr.

WELT: Politik und Notenbanken berufen sich auf ein nachlassendes Interesse der Menschen am Bargeld, wenn sie die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs vorantreiben. Stimmt das, oder entsteht der Eindruck erst dadurch, dass Bargeldnutzung an vielen Stellen erschwert oder verteuert wird, z. B. Abbau von Geldautomaten oder das Gebot von Kartenzahlung?

Pohl: Nach meinem Eindruck ist es kein nachlassendes Interesse am Bargeld, sondern Bequemlichkeit gepaart mit fehlendem Wissen. Ich halte die Karte hin und Ende. Die Menschen denken nicht darüber nach, dass der Händler genau weiß, was ich gekauft habe und mir hinterher Werbung nach Hause schickt.

WELT: Sind mögliche [flächendeckende Stromausfälle](#) – die auch Geldautomaten funktionsunfähig und Bitcoins unzugänglich machen – eine Chance, den Menschen ins Gedächtnis zu rufen, wie wichtig es sein kann, auf Bargeld zurückgreifen zu können?

Pohl: Bei kleineren Ausfällen oder Software-Problemen ist das jedenfalls nicht zu beobachten. Es gibt ja immer wieder Fälle, in denen Kartenzahlungs-Terminals ausgefallen sind oder der Strom mal zeitweise weg war. Aber das ist kaum eine Meldung wert, die Menschen nehmen es hin, weil erfahrungsgemäß nach ein paar Stunden alles wieder behoben ist. Mit Strom- oder Software-Ausfällen muss man heute aber jederzeit rechnen.

WELT: Die EZB beteuert auf ihrer Website, das Eurosystem habe kein Interesse daran, Zahlungsdaten einzelner Nutzerinnen und Nutzer zu erheben, das Zahlungsverhalten nachzuverfolgen oder diese Daten an staatliche Stellen und andere öffentliche Einrichtungen weiterzugeben. Zu diesem Zweck müssten Daten wie die Nutzeridentität oder IP-Adresse geschützt werden. Wie beurteilt das der Informatiker?

Pohl: Das ist eine naive Darstellung. Ich nehme der EZB sofort ab, dass sie da kein Interesse daran hat. Aber die Verfügbarkeit der beim Digital Payment anfallenden Datenmengen wecken natürlich Begehrlichkeiten bei den Sicherheitsbehörden. Es fehlt da einfach eine Folgenabschätzung, was sich daraus entwickeln kann. Nehmen Sie zum Beispiel die Möglichkeit der [Kontenabfrage](#): Deren Zahl erreichte 2021 einen neuen Höchststand. Dabei entsprechen immer mehr dieser Abfragen nicht dem ursprünglichen Zweck der Regelung, nämlich dem Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

WELT: Geht es bei den Bestrebungen zur Digitalisierung des Bezahlwesens auch darum, die finanzielle Repression weiter auszubauen – etwa den Bürgern die Möglichkeit zu nehmen, über Bargeld möglichen Negativzinsen zu entgehen, wie es [der IWF in einem Paper](#) vorgeschlagen hat?

Pohl: Ich kenne dieses Papier. Wie soll man sagen: Die Chancen der Digitalisierung sind in Institutionen wie dem IWF oder auch in Sicherheitsbehörden natürlich bekannt. Und mit digitalem Geld haben Sie alle Möglichkeiten, eine Währung zu modifizieren oder neu aufzusetzen – das ginge sogar per Knopfdruck. Wir sehen in der Debatte um digitales Geld den Zielkonflikt zwischen den Interessen der Behörden – Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus – und denen der Bürger, hier vornehmlich der Datenschutz mit all seinen Facetten. Und das muss austariert werden.

WELT: Verteidiger des [Bargelds](#) – die ja zugleich Kritiker des digitalen Geldes sind – haben im öffentlichen Diskurs keinen leichten Stand. Wer auf Gefahren hinweist, wird schnell bezichtigt, Verschwörungstheorien nachzuhängen und sich mit entsprechenden Kreisen gemein zu machen. Wie erklären Sie sich diese Unwucht in der Debatte?

Pohl: Die Beobachtung ist korrekt. Für Behörden und interessierte Institutionen ist das natürlich ein nicht unwillkommener Mitnahmeeffekt, der ihnen Arbeit und Argumentation erleichtert. Wer sich aber intensiv mit den Fehlermöglichkeiten und den tatsächlichen sicherheitsrelevanten Fehlern in der Software, der Firmware und auch im Microcode von Prozessoren beschäftigt, der muss sagen: Das ist alles nicht völlig sicher. Wo programmiert wird, entstehen Fehler, werden Sicherheitslücken eingebaut.

WELT: Einem [Social-Scoring-System](#) wie in China würde eine digitale Währung in die Hände spielen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell auch in Demokratien Grundrechte unter Druck geraten und Menschen zu gesellschaftlich erwünschtem Verhalten gedrängt werden können. Sind Szenarien denkbar, bei denen eine Digitalwährung allen Beteuerungen zum Trotz auch im Westen Begehrlichkeiten wecken könnte, alle technischen Möglichkeiten zu nutzen?

Pohl: Ja. Es gilt grundsätzlich, dass Daten die gespeichert werden, Begehrlichkeiten wecken. Das ist auch verständlich. Da muss die Politik einen allen genehmen Ausgleich schaffen. Und auch hier ist eine Folgenabschätzung wichtig: Politische Systeme und parlamentarische Mehrheiten sind nicht in Stein gemeißelt. Was ist, wenn einmal getroffene Regelungen einer Regierung in die Hände fallen, die damit am Ende vielleicht offen Missbrauch betreibt?

WELT: Die Digitalisierung dürfte kaum aufzuhalten sein, müsste es nicht jetzt darum gehen, den Prozess mitzugestalten? Und wie könnte das aussehen?

Pohl: Wir als Präsidiumsarbeitskreis der GI haben wiederholt an Anhörungen im Bundestag teilgenommen. Es wäre viel gewonnen, wenn wir die Abgeordneten mal für zwei Stunden ausführlich informieren dürften. Auf Grundlage der Forschung haben wir noch rund fünf Jahre, bevor digitales Geld eingesetzt werden kann. Diese Zeit müssen wir nutzen, um die Anonymisierung von digitalem Geld voranzutreiben – und das Bewusstsein für die Gefahren zu schaffen, die Bürgern drohen, wenn das nicht gelingt.